

Insel Sylt, 13.3.2022



**Offener Brief  
der SylterInnen gegen die Impfpflicht  
an die Mitglieder des Deutschen Bundestages  
zur Impfpflicht- Debatte und -Entscheidung**

**Sehr geehrte VolksvertreterInnen,  
bitte sichern Sie die persönliche Wahlfreiheit und den Minderheitenschutz. Stimmen  
Sie gegen eine Impfpflicht!**

Die Geschwindigkeit, mit der sich die Lage in der Welt und auch in unserem Land ändert ist atemberaubend gestiegen. Das trifft auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche zu. Die Welt ist im Wandel und das, was bis vor Kurzem als unumstößliche Wahrheit und Richtschnur galt, stellt sich morgen schon als Fehleinschätzung heraus. Daher sind Sie in Ihrer Aufgabe Gesetze zu erlassen, derzeit sicher nicht zu beneiden.

In Bezug auf die Massnahmen gegen Covid 19 brauchen wir jedoch nicht bis morgen zu warten, um zahlreiche Fehleinschätzungen zu sehen. Die waren zu Beginn der Pandemie sicher noch der Unerfahrenheit gegenüber Corona geschuldet. Inzwischen sind jedoch so viele Informationen zusammengetragen worden, dass ein Umdenken und -Handeln erforderlich wird.

Wir sind sicher, Sie kennen die Sachlage in Bezug auf die (nur mässige Wirksamkeit der Impfstoffe, die Rate der Nebenwirkungen auf verschiedene Altersklassen und die Mortalitätsrate nach Verabreichung von Impfstoffen besser als wir. Deswegen wollen wir hier nicht erneut all die Belege vorlegen aus wissenschaftlichen Studien, von kompetenten Ärzten und Virologen, internationalen Gremien, Nobelpreisträgern, sowie Experten anderer Fachrichtungen, die von dramatische Kollateralschäden der Covid-Kampagne aus ihren Gebieten berichten wie z.B. Psychologie, Soziologie, Ökonomie und Pädagogik. Wir verweisen beispielhaft auf einen offenen Brief von 81 Wissenschaftlern, der von diesen an Sie am 9. März 2022 gesendet wurde (<https://berliner-zeitung.de/blz-public/files/2022/03/09/c1666faa-7f33-41fa-8fd8-486bb8471795.pdf>) und genug Argumente und Quellenangaben liefert.

Erinnern wollen wir an dieser Stelle jedoch an die vielen jungen Sportler, die in im vergangenen Jahr, zum Teil vor laufenden Kameras bei Ausübung ihres Sportes zusammenbrachen, nachdem sie geimpft worden waren- prominente Beispiele für eine riesige Dunkelziffer unbemerkter und ungemeldeter Impf-Schadensfälle.

In zahlreichen Nachbarländern hat die Politik inzwischen auf die Erkenntnisse reagiert, die im Rahmen dieses Massenversuches mit der neuartigen mRNA Methode durchgeführt wird und die erst im Laufe der vergangenen 20 Monate auftraten. Einige Länder haben die ursprüngliche Entscheidung, eine Impfpflicht einzuführen bereits komplett zurückgezogen, andere überdenken noch. Sogar Österreich, das Land, das als



erstes eine solche Massnahme verabschiedete, hat die Impfpflicht nach wenigen Wochen ausgesetzt, weil sie den Abgeordneten unverhältnismässig angesichts der Lage erscheint. Zumal auch in Deutschland das RKI inzwischen meldet, dass die Virusverbreitung von Geimpften und Ungeimpften sich nur zeitweise und marginal unterscheidet.

Wir müssen Sie, sehr geehrte VolksvertreterInnen, sicher nicht darüber belehren, dass es juristisch äusserst fragwürdig wäre eine Impfpflicht in Deutschland einzuführen, wenn gleichzeitig immer klarer wird, dass der mögliche Schaden für das deutsche Volk durch diesen Erreger auch mit anderen Mitteln abgewendet werden kann. Ihr Kollege Herr Kubicki von der FDP hat dazu umfassende Reden und Vorlagen eingebracht.

Leider ist eine überschaubare Gruppe von FDP-Abgeordneten offenbar die einzige politische Kraft im Parlament, die sich gegen eine allgemeine Impfpflicht ausspricht- ausser der AfD.

Sie haben leider zugelassen, dass diese extrem rechte AfD-Partei das Thema „Kontra Impfpflicht“ in der Öffentlichkeit weitgehend für sich besetzen konnte. Durch diese Nachlässigkeit haben Sie Tor und Tür dafür geöffnet, dass X-tausende von frustrierten Wählern in deren Netze wandern.

Viel zu lange haben viele von Ihnen auf der Sichtweise beharrt, die Proteste gegen Corona-Massnahmen und die Impfpflicht seien von rechtsradikalen Gruppen dominiert und gesteuert. Inzwischen ist diese Argumentation angesichts Millionen von Protest-„SpaziergängerInnen“ im Land unhaltbar geworden.

Die Kommunikations-Politik in Sachen Corona hat das Land tief gespalten. Es ist ein riesiger Vertrauensverlust in die Glaubwürdigkeit des Staates, seiner Institutionen und VertreterInnen, in die Glaubwürdigkeit der Medien und wissenschaftlichen Institute entstanden. Mit einer Zustimmung zur Impfpflicht würden sie diese Trends weiter verstärken.

Gesellschaftliche Spaltung führt zu Instabilität. Angesichts der weltpolitischen Lage ist gesellschaftliche Instabilität jedoch mehr als gefährlich. Sie ist auch sicherlich ein grosser Hemmschuh für die Umsetzung der notwendigen und guten Ziele in diesem Jahrzehnt, die Sie sich vor der Bundestagswahl noch auf die Fahnen schrieben, wie beispielsweise die Abwendung von Klimakatastrophen und Artensterben.

Die Mehrheit der Protestierenden sind Bürger und BürgerInnen, die Angst um ihre Gesundheit wegen der Impfung haben und befürchten, dass mit einer Einführung der Impfpflicht persönliche Freiheiten abgebaut werden, die immanent wichtig in einer guten Demokratie sind.

„Mein Körper gehört mir“ skandierten Frauen in den 1970iger Jahren, als Sie gegen den Abtreibungsparagrafen 218 demonstrierten. Ähnliches gilt heute in Bezug auf das Impfen.



Die Möglichkeiten die eigene Gesundheit zu fördern und zu erhalten, ist schon lange nicht mehr das Monopol der Schulmedizin und Pharmaindustrie. Wer IDemokrat/in sein will, sollte es jedem Bürger selbst überlassen, was er/sie in seinen/ihren Körper zulässt und die Freiheit zugestehen über die Art von Massnahmen zur eigenen Gesundheit selbst zu entscheiden.

Zumal nichts darauf hindeutet, dass bei der vergleichsweisen kleinen Menge von Impfverweigerern ein unabwendbarer Schaden für das deutsche Volk entstehen könnte,

Vielmehr sehen wir Grundrechte in höchster Gefahr und befürchten, dass mit der einhergehenden Entwicklung internationaler, digitaler Impfpässe der Schutz der persönlichen Privatsphäre (Datenschutz) dramatisch abnehmen wird und die Möglichkeiten staatlicher Willkür gegenüber den bürgerlichen Freiheiten ansteigen werden.

**Sehr geehrte VolksvertreterInnen,  
es ist nicht schlimm, wenn man einen Fehler macht. Aber einen erkannten Fehler zu wiederholen, ist unverzeihlich.**

**Wir bitten Sie daher und appellieren an Ihr Gewissen auch Minderheiten zu vertreten.  
Einigkeit und Recht und Freiheit stehen auf dem Spiel:  
Sichern Sie demokratische, persönliche (Wahl-) Freiheiten. Stimmen Sie gegen eine  
Impfpflicht!**

**Bitte auch gegen eine partielle Impfpflicht, denn die Risiken von erheblichen  
Nebenwirkungen für jedes einzelne Individuum sind gegeben.**

Mit freundlichen Grüßen,  
Bürger und BürgerInnen der Insel Sylt  
(Unterschriften wurden spontan bei einem der seit Dezember 21 wöchentlich stattfindenden Protest-Spaziergänge in Westerland gesammelt)

**Vi.S.d.P**

Sylter gegen Impfpflicht, % Dünengrund 14, 25980 Sylt/OT Rantum